

Regierungsratsbeschluss

vom 26. Oktober 2009

Nr. 2009/1934

Auftrag Finanzkommission: Integration Steuergericht ins Verwaltungsgericht (26.08.2008)
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der JUKO vom 15. Oktober 2009 zum Auftrag A 107/2008 (BJD)

1. Erwägungen

Die Justizkommission hat an ihrer Sitzung vom 15. Oktober 2009 den obgenannten Antrag (RRB Nr. 2009/1537 vom 1. September 2009) behandelt und beantragt die Nichterheblicherklärung des Auftrages.

2. Beschluss

Der Regierungsrat lehnt den Änderungsantrag der Justizkommission vom 15. Oktober 2009 ab. Er hält an seiner Stellungnahme mit dem Antrag um Erheblicherklärung mit folgendem neuem Wortlaut fest: Der Regierungsrat wird beauftragt, auf den Beginn der nächsten Legislaturperiode das Steuergericht ins Obergericht zu überführen und die dazu erforderlichen rechtlichen Grundlagen zu schaffen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Änderungsantrag der JUKO vom 15. Oktober 2009

Verteiler

Regierungsrat (6)

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement (br)

Bau- und Justizdepartement/Rechtsdienst Justiz (4)

Kantonales Steuergericht

Kantonale Schätzungskommission

Gerichtsverwaltung

Finanzdepartement

Mitglieder Arbeitsgruppe „Spezialverwaltungsgerichte“ (8; Versand durch BJD Rechtsdienst Justiz)

Aktuarin JUKO

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat